

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

27.10.1925 (No. 249)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14.
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. Mend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Sonntags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, die als Rabatrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, ungewisser Entscheidung, und Konfliktverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Anläßliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Neuwahl des Landtags

Die Sitzung des Landtagswahlprüfungsausschusses zur Feststellung der Zahl der in den Wahlkreisen verbleibenden Reststimmen und Zuteilung der hiernach den Landtagswahlprüfungsausschüssen zukommenden Abgeordnetenstimme findet statt am Samstag, den 31. Oktober 1925 vorm. 10 1/2 Uhr im großen Sitzungssaal im Dienstgebäude des Ministeriums des Innern in Karlsruhe, Schloßplatz 19 III. Der Zutritt zur Sitzung steht den Stimmberechtigten offen.

Extraneerprüfungen a. d. Höheren Schulen 1926

Die Prüfungen für Schulfremde (Extraneer) an den Höheren Schulen im Jahre 1926 werden — gleichzeitig mit den ordentlichen Prüfungen der Vorkurskassen und den Schulprüfungen der sechsstufigen Realschulen — gegen Ende des Schuljahres (vor Ostern) abgehalten werden. Besuche um Zulassung zu diesen Prüfungen sind mit den erforderlichen Nachweisen im Laufe des Monats Dezember ds. J. einzureichen. Erst nach Ablauf dieser Frist einkommende oder durch nachträgliche Vorlage einzelner Nachweise ergänzte Besuche werden nicht berücksichtigt.

Zu den Prüfungen für Schulfremde werden nur solche Privatpächter zugelassen werden, welche durch die Staatsangehörigkeit oder den jeweiligen Wohnsitz ihrer Eltern oder deren gesetzlichen Stellvertreter auf Baden angewiesen sind. Die Zeugnisse über den genossenen Vorbereitungsunterricht müssen für die sprachlichen Fächer genaue Angaben enthalten über den Umfang der Lektüre. Bezüglich der naturwissenschaftlichen Fächer müssen die Vorkurskassen erkennen lassen, daß der Vorbereitungsunterricht in diesen Fächern ein experimenteller Unterricht war und unter Benützung naturwissenschaftlicher Sammlungen erteilt wurde. Für alle Fächer sind die Lehrbücher anzugeben, die bei der Vorbereitung auf die Prüfung benützt wurden.

Die Leiter und alle Lehrer der Höheren Schulen werden bei etwaigen Anfragen über diese Prüfungen die erforderliche Auskunft erteilen.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Der Arbeitsmarkt zeigte in der Berichtwoche (15. bis 22. Oktober) das Bild deutlicher Verschlechterung. Entlassungen und Betriebseinsparungen verschieden großen Umfangs sind in verschiedenen Industrien vorgenommen worden, so daß sich die Stellenfuchendenziffer nicht unbeträchtlich erhöhte. Sie stieg insgesamt von 23 850 am 14. Oktober auf 25 246, am 22. Oktober. Gleichzeitig sank das Angebot offener Stellen von 8070 auf 2095, so daß die Andranziffer von rund 777 am 14. Oktober auf rund 937 am 22. Oktober answoll. Parallel stieg die Erwerbslosenziffer. Während am 14. Oktober noch 9019 Hauptunterstützungsempfänger gezählt wurden, belief sich ihre Zahl am 22. Oktober auf 9383.

In den einzelnen Berufsgruppen gestaltete sich die Lage folgendermaßen:

In der Landwirtschaft ging der Bedarf an Hilfskräften, nachdem der größte Teil der Safruchternte beendet ist, beträchtlich zurück, sonst ergab sich in der Nachfrage keine nennenswerte Veränderung.

In der Metall- und Maschinenindustrie hält die Neigung zur Verschlechterung offenkundig an. Verschiedene Firmen nahmen Entlassungen vor, ein Großbetrieb der Maschinenindustrie sah sich genötigt, 300 Leute, meistens Facharbeiter, zu entlassen. In der Pforzheimer Schmiedewarenindustrie übersteigt das Angebot an Arbeitskräften den Bedarf an solchen. Eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ist in der Uhrenindustrie eingetreten. Mehrere Firmen haben größere Arbeiterentlassungen vorgenommen, einige bisher gut beschäftigte Betriebe mußten zur Einführung von Kurzarbeit schreiten. Geringer blieb im Kleingewerbe der Bedarf an Blechnern und Elektromotoren weiter bestehen.

In der chemischen Industrie war der Geschäftsgang uneinheitlich.

Im Spinnstoffgewerbe blieb der Arbeitsmarkt der Baumwoll-, Spinnerei- und Weberei weiterhin günstig, hingegen wurden Betriebsurlaubungen aus der Seidenbandindustrie gemeldet.

In der oberbadischen Papierindustrie kam es zur Schließung einer Papierfabrik. Verringert hat sich ferner der Beschäftigungsgrad im Holz- und Schnitstoffgewerbe.

Im Nahrungsmittelgewerbe machte sich in der Mädelindustrie der jährlich wiederkehrende flauere Geschäftsgang bemerkbar. Eine Zigarettenfabrik hat Einschränkungen vorgenommen.

Im Genussmittelgewerbe blieb die Lage in der Tabakindustrie schwankend. Einerseits kam es zu weiteren Betriebsurlaubungen und Entlassungen, andererseits wurde, speziell im Bruchfelder Bezirk, eine Besserung beobachtet. Dort werden langsam gelernte Arbeiter und Arbeiterinnen (Widelmacher und Sortierer) angefordert. Dagegen hat eine Firma der Zigarettenbranche eine Entlassung größeren Umfangs vorgenommen.

Im Bekleidungsgebiete blieb die Lage im allgemeinen noch ziemlich ruhig. Eine Schuhfabrik führte Betriebsurlaubungen ein.

Das Baugewerbe kann als verhältnismäßig noch günstig beschäftigt gelten, ein gewisses Nachlassen macht sich allerdings bemerkbar. Weiter verringert hat sich die Beschäftigungsmöglichkeit für Maler und Zimmerer, besonders gelocht waren Dachdecker und Glaser.

Im Gastwirtsgebiete und im Handel erhöhte sich die Stellenfuchendenziffer.

Die Regierungskrise im Reich

Die Deutschnationale Volkspartei ist einstweilen auf der Linie der Ablehnung des Friedensvertrags von Locarno geblieben. Demgemäß hat die Reichstagsfraktion für das „Unannehmbar“ gestimmt. Damit ergab sich die Notwendigkeit des Rücktritts der drei eigentlichen deutschnationalen Minister — Graf Kanitz wird lediglich als ein den Deutschnationalen nahestehender Minister betrachtet — und inzwischen sind denn auch die drei Herren, der Reichsinnenminister Schiele, der Reichsfinanzminister von Schlieben und der Reichswirtschaftsminister Neuhaus bereits aus dem Kabinett ausgetreten.

Das Kabinett ist als Rumpfkabinett bestehen geblieben. Es stützt sich nunmehr lediglich auf das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei. Die Absicht geht dahin, die „Rückwirkungen“ abzuwarten und Ende November dem Plenum des Parlaments den Friedensvertrag von Locarno zur Annahme vorzulegen. Dann wird man ja sehen, wie die Parteien stimmen werden. Offenbar besteht die Hoffnung, unter Überwindung der durch die Ablehnung der Deutschnationalen heraufbeschworenen Krisis die Annahme der Verträge durch eine ausreichende Majorität herbeizuführen.

Wie das praktisch geschehen soll, das ist allerdings eine Frage, die heute auch von den größten Optimisten noch nicht beantwortet werden kann. Was die Deutschnationalen betrifft, so wäre ja mit der Möglichkeit zu rechnen, daß ein größerer Bruchteil der Fraktion doch noch für die Verträge eintritt. An Beeinflussungsversuchen wird es sicherlich nicht fehlen, zumal ja auch der Reichspräsident, Herr von Hindenburg, sich mit aller Energie für das Werk von Locarno einsetzt und sogar schon seinen Rücktritt angeündigt hat, falls die Deutschnationalen das Werk zum Scheitern bringen sollten. Zentrum und Deutsche Volkspartei sind entschlossen, alles zu versuchen, um die Annahme der Verträge im Reichstag durchzubringen. Sollte etwa die Hälfte der Deutschnationalen Reichstagsfraktion für die Verträge stimmen oder zur Stimmenthaltung beordert werden, so könnte leicht eine Situation ähnlich der bei der Beratung des Dawes-Abkommens im Reichstag entstehen. Zweifelsfrei ist nur, was dann diesmal die Sozialdemokraten und Demokraten tun würden.

Ihren bisherigen Verlautbarungen nach sind diese Parteien nicht gewillt, das eigentümliche Spiel der Deutschnationalen nochmals mitzumachen. Die Deutschnationalen sollen in aller Form die Verantwortung tragen oder ablehnen. Einer Taktik des Hintertürens, einer Taktik zweideutiger Halbheit wollen Sozialdemokraten und Demokraten nicht mehr zum Siege verhelfen. Sie drängen vielmehr auf eine absolute Klärung der Verhältnisse und postulieren deshalb ein Entweder — Oder. Sie wollen es vor allem nicht dulden, daß die Deutschnationalen sich außenpolitisch vor der Verantwortung herumdrücken, um dann innerpolitisch umso bessere Geschäfte machen zu können.

Wir haben immer wieder betont, daß es ein Segen wäre, wenn der Vertrag von Locarno von einer Mehrheit angenommen würde, die sowohl die Sozialdemokraten wie auch die Deutschnationalen umfaßt. Eine kluge Politik von Seiten Frankreichs und Englands könnte die Entwicklung bis zum Ende November sehr

günstig beeinflussen. Die Meldungen der letzten Tage — Meldungen, welche allerdings ganz offensichtlich von Gegnern des Vertrags von Locarno inspiriert worden sind — haben bei uns in Deutschland eine gewisse Unruhe hervorgerufen. Soffentlich wird wenigstens in Bezug auf die Räumung der Kölner Zone schon in den nächsten Tagen ein fester Termin bekannt gegeben. Denn das ist die Hauptsache. Wenn aus technischen Gründen die Räumung der Zone einige Zeit in Anspruch nimmt, so wird man das schließlich verstehen können. Aber das deutsche Volk will endlich eine feste Zusage in der Hand haben. Für die Gegenseite wird naturgemäß die außenpolitische Situation durch die Regierungskrise in Frankreich nicht gerade erleichtert, obwohl anzunehmen ist, daß die Krisis rasch überwunden werden wird.

Als Grund für das auffallende Verhalten der Deutschnationalen Reichstagsfraktion wird angegeben, daß die Partei eine Sprengung, ein Auseinanderbrechen in zwei Teile erlebt hätte, wenn man sich für den Vertrag von Locarno erklärt hätte. Nur, um eine solche Katastrophe zu vermeiden, habe die Reichstagsfraktion geschlossen nach den Wünschen der Mehrheit ihrer nationalitisch aufgeputzten Wähler gestimmt. So rächt sich jetzt diese nationalitische Propaganda, die auf gefühlsmäßige Waltungen zuviel und auf Vernunftgründe zu wenig Rücksicht nahm, an der Partei aufs Bitterste.

Keine Demission des Reichskabinetts

Das Rumpfkabinett bleibt

Das Reichskabinett hat Montag abend folgenden Beschluß gefaßt: Das Reichskabinett betrachtet es als seine selbstverständliche politische Pflicht, auf dem in Locarno begonnenen Weg fortzuschreiten, um dem Reichstag rechtzeitig vor dem 1. Dezember, dem Tage, der für die Zeichnung des in Locarno paraphierten Vertrages vorgesehen ist, ein Gesamtresultat zur Beschlußfassung unterbreiten zu können. Aus dieser Erwägung erachtete es das Reichskabinett für geboten, von einer Demission abzusehen und die Reichsgeschäfte weiter zu führen.

Der Reichskanzler, der im Laufe des Nachmittags Vertreter der Reichstagsfraktionen empfangen hatte, hat dem Herrn Reichspräsidenten über die politische Lage Vortrag erstattet und zugleich seine Vorschläge wegen der zukünftigen Gestaltung des Reichskabinetts unterbreitet. — Der Reichspräsident hat die Entlassungsaufträge der Herren Reichsminister Neuhaus, Schiele und von Schlieben genehmigt und hat unter Billigung der Fortführung der Reichsgeschäfte durch das jetzige Kabinett der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Finanzen, den Reichskanzler Dr. Luther, des Reichsministers des Innern den Reichswehrminister Dr. Götter und des Reichswirtschaftsministers den Reichsverkehrsminister Dr. Krohne beauftragt.

Die Vorkonferenz

Hält heute eine Sitzung ab, die sich mit der deutschen Entwaffnungsnote befassen wird. Der Pariser „Temps“ glaubt als wahrscheinlich hinstellen zu können, daß die deutsche Note zunächst der Interalliierten Militärkommission unter dem Vorsitz des Marschalls Foch zur Prüfung und Begutachtung überwiesen wird. Wie Reuters erfährt, kann, bevor nicht die Vorkonferenz ihre Beratungen abgeschlossen hat, und bevor nicht das ordentliche Verfahren zu Ende geführt ist, irgend eine endgültige Entscheidung über den Zeitpunkt der Räumung der Kölner Zone nicht gefällt werden.

Der antliche englische Funkdienst meldet: Die Nachricht, daß der Oberkommandierende der englischen Streitkräfte in Köln angewiesen worden ist, beschleunigte Vorkehrungen für die Räumung dieser Stadt zu treffen, hat hier allgemein Beifall gefunden. Wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt, kann damit gerechnet werden, daß die Räumung zu Anfang des neuen Jahres durchgeführt sein wird. Die im Rheinland verbleibenden englischen Truppen sollen in die Gegend von Wiesbaden verlegt werden.

Der Preussische Beamtenbund zur Besoldungsfrage

Wie vom Preussischen Beamtenbund mitgeteilt wird, hat der Gesamtvorstand des Preussischen Beamtenbundes mit größter Enttäuschung festgestellt, daß die Preussische Regierung weder eine allgemeine Erhöhung der Beamtenbesoldung, noch eine Erhöhung der Bezüge der Beamten der unteren Besoldungsgruppen in Aussicht stellt. Inzwischen sei die Not der Beamenschaft, besonders in den unteren Gruppen durch die eingetretene Preissteigerung unerträglich geworden. Der Gesamtvorstand erwarte daher von Staatsregierung und Landtag unverzüglich Maßnahmen, durch die die allgemeine Notlage der Beamten beseitigt wird.

Zu den Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau

Bei den am Montag in Essen stattgefundenen Verhandlungen wurde von den Bergarbeiterverbänden eine Lohnerhöhung um 15 % beantragt. Wie in der Lohnfrage des Ruhrbergbaus zu erwarten war, sind die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, da die Arbeitgeber erklärten, eine Lohnerhöhung unter keinen Umständen bewilligen zu können. Die Bergarbeiterverbände werden den Schlichter anrufen. Voraussetzungen für die Schlichtungsverhandlungen am Donnerstag dieser Woche sind.

* Nach den Wahlen

Die Zeitungen aller Parteien beklagten in ihren Betrachtungen des Ausfalls der vorgestrigen Landtagswahlen in Baden die auffallend große Wahlmüdigkeit. Eine derartig geringe Wahlbeteiligung wird naturgemäß von keiner Partei gerne gesehen. Und in der Beurteilung dieser Wahlverdröbnheit sind sich auch alle Parteien einig. Was die Beurteilung des eigentlichen Ergebnisses angeht, so ist das Zentrum — und das durchaus mit Recht — zufrieden. Es ist die weitaus stärkste Partei geblieben und hat im Vergleich zu den Landtagswahlen von 1921 nur eine ganz geringe Einbuße zu verzeichnen. Die Sozialdemokratische Partei ist von dem Wahlergebnis weniger befriedigt. Sie hatte mit größeren Gewinnen gerechnet, und erreicht ihren prozentuellen Anteil vom Jahre 1921 noch nicht. Die Deutsche Volkspartei kann ihre Enttäuschung, die hier allerdings noch viel größer ist, gleichfalls nicht verbergen. Ganz düster ist die Stimmung bei den Deutschnationalen und dem Landbund. Beide Parteien, neuerdings zum Rechtsblock vereinigt, haben vorgestern die Rede bezahlen müssen, und namentlich der Landbund hat einen solchen Rückgang zu verzeichnen, daß er nur noch in Anlehnung an die Deutschnationalen existieren kann.

Was die Frage nach der Bildung der neuen Regierungskoalition trifft, so werden die Fraktionen ja schon in aller nächster Zeit dazu Stellung nehmen müssen. Soweit wir sehen können, ist von keinem einzigen Organ der drei bisherigen Koalitionsparteien die Möglichkeit oder Notwendigkeit einer Neuorientierung ausgesprochen worden. Allenfalls wird die Tatsache, daß die bisherige Koalition im Wahlkampf sehr gut abgeschnitten hat, offen zugegeben.

Interesse erweckt der Vorschlag der Deutschen Volkspartei, an die Stelle der bisherigen Koalition eine Koalition der bürgerlichen Mitte, (Zentrum, Deutsche Volkspartei u. Demokraten) zu setzen. Prälat Dr. Schofer hat heute im „B. Beob.“ von diesem Anerbieten lediglich Kenntnis genommen, sich aber im übrigen alles weitere vorbehalten. (Man vergleiche die im folgenden abgedruckten Pressestimmen.) Bei ihrem Vorschlag geht die „Bad. Presse“ von der Annahme aus, daß die Demokraten sich an einer solchen Koalition der bürgerlichen Mitte beteiligen würden. Ob diese Annahme richtig ist, wissen wir so wenig, wie die „Bad. Presse“ selbst.

Von Interesse ist übrigens ein Vergleich mit den letzten Wahlen vor dem Kriege. Und zwar kommen hier die Reichstagswahlen vom Jahre 1912 in Betracht. Bei diesen Reichstagswahlen sah der prozentuelle Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen in Baden folgendermaßen aus:

Zentrum	31,2 Prozent
Sozialdemokraten	28,3 „
Fortschrittspartei	7,5 „
Nationalliberale	26 „
Konservative	7 „

Ein Vergleich der vorgestrigen Landtagswahlen zeigt, daß Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen nur annähernd den Prozentsatz von 1912 aufgebracht haben, daß das Zentrum eine nicht unerhebliche Zunahme (von 31,2% auf 37%) zu verzeichnen hat, daß die Demokraten 1,2% mehr auf die Beine gebracht haben, als damals die Fortschrittspartei, und daß die Konservativen sich hauptsächlich auf Kosten der Nationalliberalen von 7% auf 12% vergrößert haben. Die Leidtragenden sind die Nationalliberalen, als deren Erben sich die Deutsche Volkspartei bezeichnen. Die Nationalliberalen haben 1912 26% aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, die Deutsche Volkspartei hat jetzt nur noch 9,5%.

In diesem Zusammenhang seien auch noch mit ein paar kurzen Worten die Berliner Wahlen gestreift. Sie haben ein Anwachsen der sozialistischen Stimmen gezeigt. Schwere Einbußen haben dagegen im Vergleich mit der letzten Reichstagswahl die Deutschnationalen und im Vergleich mit den letzten Stadtverordnetenwahlen vom Jahre 1921 die Deutschnationalen erlitten. Die Demokratische Partei hat sich im Wahlkampf recht gut gehalten. Die Sozialdemokraten haben gegen 33% aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, die Kommunisten zirka 20%. Die bisherige „bürgerliche“ Mehrheit, die allerdings nur 1/3 betrug, besteht seit vorgestern nicht mehr. Bezeichnenderweise hat das Resultat der Stadtverordnetenwahlen in einer anderen märkischen Stadt, in Landsberg an der Warthe, das Berliner Resultat bestätigt. Das neue Stadtparlament wird dort bestehen aus 13 Sozialdemokraten (bisher 9), 2 Kommunisten (bisher 1), 2 Demokraten (bisher 0), 1 Zentrum (bisher 0), Arbeitsgemeinschaft der Rechten 16 (bisher 21), Mieterpartei 4 (bisher 7). Übrigens haben nach den neuesten Meldungen die Sozialdemokraten auch bei den Schweizer Nationalratswahlen einen recht ansehnlichen Gewinn errungen. Sie bleiben nur mit 8 Mandaten hinter der stärksten Partei zurück.

Pressestimmen

Im „Badischen Beobachter“ schreibt heute Prälat Schofer u. a. folgendes:

„Die bisherige Koalition zählte ehemals 34 + 21 + 7 = 62 von 88 Sitzen und verfügte so über 1/3 der Mandate; jetzt zählt sie 28 + 16 + 6 = 50, also von 72 Mandaten auch 1/3 der Kammer. Diese Feststellungen haben hier lediglich den Wert der Orientierung über die tatsächliche Sachlage; Schlüsse über die Absicht des Zentrums daraus zu ziehen, ist nicht möglich, da die Voraussetzungen dazu zur Zeit nicht geschaffen sind. Es ist richtig, daß das Zentrum kraft seiner Stärke und Einstellung dazu berufen ist, die Möglichkeiten alle, die der 26. Oktober gebracht hat, zu studieren. Insofern

hat die „Badische Presse“ das Richtige getroffen. Es ist aber richtig, wenn das genannte Organ meint, es sei „abzuwarten, was Herr Schofer zu sagen hat.“ Jede Partei hat das Recht der Initiative. „Der Herr Schofer“ wird keinen Schritt tun, ehe ihn seine Fraktion dazu beauftragt. Ja, er weiß gegenwärtig nicht einmal ob er einen Auftrag erhält, und wann er ihn erhalten sollte. So stellt er sich folgerichtig auch auf den vorläufigen Standpunkt des Abwartens!“

Der „Volkstribun“ hatte sich gestern zu dem Wahlergebnis u. a. folgendermaßen bemerkend lassen:

„Beruht auch die Zämmlichkeit der gestrigen Wahlen darin, daß wiederum ein großer Teil der Wähler mangelhaftes Pflicht- und Staatsgefühl bewiesen hat, so darf das eine hervorgehoben werden, daß die bisherige Regierungskoalition in Baden, die auf dem Grundgedanken der Weimarer Verfassung aufgebaut ist, ihre Lebenskraft erneut bewiesen hat. Die bisherige Regierungskoalition in Baden kann sofort wieder aufgenommen werden. Sie ist mit 50 Mandaten (28 Zentrum, 16 Sozialdemokraten und 6 Demokraten) gegenüber den 22 Mandaten aller anderen Parteien, in einer in jeder Beziehung sicheren Position. Das Wahlergebnis gibt u. E. keinerlei Anlaß, an dem Zustande etwas zu ändern, der seit Februar 1919 der gegeben war: die Weimarer Koalition.“

Heute Rücktritt des französischen Kabinetts?

Wie Savas am Montag spät abends mitteilte, waren Gerüchte im Umlauf, daß Painlevé am heutigen Dienstag die Gesamtdemission des Kabinetts überreichen werde. In politischen Kreisen sei man der Ansicht, daß die Krisis unverzüglich gelöst werden müsse, sobald sich die neue Regierung am Donnerstag der Kammer vorstellen könne. Es werde angenommen, daß der Präsident der Republik, Doumergue, Painlevé aufs neue mit der Kabinettsbildung betrauen werde.

Die Krise ist die Folge eines Konflikts im Kabinett, da der Finanzminister Caillaux auf seinen Finanzprojekten bestand. Painlevé soll am Montag dem Finanzminister aufgegeben haben, sein Mandat niederzulegen, wogegen Caillaux zum Ausdruck gebracht haben soll, daß es seine Absicht sei, das Ministerium beizubehalten. Painlevé habe darauf die Ansicht kundgegeben, daß ihm dann nur noch übrig bleibe, dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinetts zu überreichen.

Ein Minister des Kabinetts Painlevé erklärte einem Vertreter des „Journal“: Die Lage ist unhaltbar. Caillaux hat am 12. Juli entgegen unserer einmütigen Ansicht in der Kammer eine Faltung eingegeben, die die Linksmehrheit gesprengt hat. Seitdem hätte er seinen Fehler wieder gutmachen können, wenn er uns Finanzpläne, die unserem Programm entsprechen, vorgelegt hätte. Er hat dies trotz unseres Drängens nicht getan, und so sind wir der Gefahr ausgesetzt, mit ihm von den Linksparteien gestürzt zu werden. Wir wollen zwar von Caillaux zurücktreten, aber nicht mit ihm gestürzt werden. Wir sind in der Mehrheit entschlossen, vor dem Zusammentritt der Kammer zu demissionieren.

Politische Neuigkeiten

Die deutschen Optanten in Polen

Die Lage der Frage der deutschen Optanten in Polen, wie sie einerseits durch das Verprechen des Außenministers Strzyński, ab 1. November auf Optantenausweisungen zu verzichten, andererseits durch den Widerstand gewisser nationaldemokratischer Kreise geschaffen wird, ist, wie in Aufzählungen der „Gazeta Poranna“ und „Warszawska“ zum Ausdruck kommt, folgende: Die polnische Regierung hat tatsächlich auf Ausübung des Ausweisungsrechts der deutschen Optanten endgültig verzichtet und, wie in Erfahrung gebracht werden konnte, auch schon entsprechende Verfügungen vorbereitet. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß sich der Verzicht der polnischen Regierung auch auf diejenigen deutschen Optanten erstreckt, die schon am 1. August 1925 das Land hätten verlassen sollen, sich aber noch in Polen aufhalten.

Im Münchener Dolchstoßprozeß

wies am Montag als erster der von der beklagten Partei benannten Zeugen der frühere Chefredakteur des „Vorwärts“, Erich Kuttner, Mitglied des preussischen Landtags darauf hin, daß sich die Sozialdemokratie nicht etwa unter äußerem Druck auf den Standpunkt der Vaterlandsverteidigung stellte. Als Redakteur der sozialdemokratischen Feldpost erhielt er von Frontsoldaten Briefe, die die immer sich steigende Erbitterung über Mißstände in der Armee zutage treten ließen. Die oberste Heeresleitung habe über die Stimmung der Truppen ein ganz falsches Bild gehabt. Von schlimmer Wirkung war auch die Art, wie der Heimat die Wahrheit verweigert wurde. Bei dem Dolchstoßprozeß empörte ihn besonders der der Sozialdemokratie gemachte Vorwurf des Verrats. Es handle sich um eine vom Standpunkt objektiver Geschichtsforschung aus besonders angreifbare Schrift. Die Äußerung von Haenisch wurde in der Weise zitiert, daß man wohl von einer literarischen Fälschung sprechen könne. Das bekannte „Vorwärts“-Zitat, daß Deutschland seine Kriegsflagge für immer streichen solle, ohne sie das letzte Mal siegreich eingebracht zu haben, wurde vollständig aus dem Zusammenhang gerissen. Zeuge schildert dann seine Unterredung mit Admiral v. Trotha am 16. November 1918. Trotha tritt Angriffsabsichten auf die englische Flotte ab. Auf wiederholte Fragen aber gab er schließlich zu, daß die englische Flotte angegriffen worden wäre, wenn sie sich gezeigt hätte und es notwendig gewesen wäre. Aus einer Mitteilung des damaligen Staatssekretärs Scheidemann ergab sich, daß die Reichsleitung über die beabsichtigte Flottenaktion nicht informiert wurde. Der Zweck des Vorstoßes war wohl, in offener Aufsehung gegen die Reichsleitung die Waffenstillstandsverhandlungen in die Luft zu sprengen. Die Meuterei begann bei der Leitung der Flotte, um dann in eine Meuterei der Mannschaften umzuschlagen. Die Verhandlungen werden am heutigen Dienstag fortgesetzt.

Der Völkerverbund und der griechisch-bulgarische Konflikt

Der in Paris zusammengetretene Völkerverbund hat am Montag zum griechisch-bulgarischen Konflikt Beschlüsse gefaßt, nach denen die beiden Regierungen aufgefordert werden, die Operationen einzustellen und ihre Truppen hinter ihre Grenzen zurückzuziehen. Dabei wurden Fristen gestellt. Die Vertreter beider Regierungen haben binnen 24 Stunden mitzuteilen, daß die bulgarische und die griechische Regierung Befehl gegeben haben, daß ihre Truppen sich bedingungslos hinter die Grenzen zurückziehen, daß dieser Befehl binnen 60 Stunden durchgeführt und jegliche Feindseligkeit eingestellt wird. Der bulgarische Vertreter nahm diesen Vorschlag bedingungslos an, der griechische erklärte, er fühle sich verpflichtet, seiner Regierung Bericht zu erstatten, da, wie er hinzufügte, diese sich sicher nach dieser Entscheidung richten werde.

Die Schweizer Nationalratswahlen

Die Nationalratswahlen in der Schweiz ergeben einen deutlichen Kurs nach links. Von den 198 Sitzen des Nationalrats belegen die Katholisch-Konservativen 41 Sitze gegen 44 Sitze im alten Nationalrat, die Liberal-Konservativen 7 Sitze, früher 10. Die Bauernpartei verlor von 34 Sitzen 4 und belegt somit 30 Sitze. In diesem Ausfall der Wahlen kommt deutlich der Widerstand gegen die Preispolitik der Bauernpartei zum Ausdruck. Die freisinnigen Demokraten vermehrten ihre Sitze um 2, sie belegen 60 Sitze im Nationalrat. Die Sozialdemokraten gewannen 5 Sitze und wurden die zweitstärkste Partei. Statt 48 im alten belegen sie 48 im neuen Nationalrat. Die Kommunisten gewannen 1 Sitz; statt früher 2 haben sie jetzt 3 Sitze im Nationalrat inne. Die Sozialpolitische Gruppe gewann ebenfalls 2 Sitze; sie schicken 4 Vertreter in den Nationalrat. Außerdem sind noch 4 keiner Partei Angehörige zu vermerken. Die Leidtragenden bei der Wahl sind die konservativen Parteien. Auch bei den freisinnigen Demokraten zeigt sich eine Verkürzung des linken Flügels.

In Basel haben etwa 72 Prozent gewählt. Es wurden gewählt 4 Bürgerliche und zwar je 1 Vertreter der liberalen Partei, der radikal-demokratischen Partei und der eidgenössischen Volkspartei, sowie drei Vertreter der linken, und zwar 2 Sozialdemokraten und 1 Kommunist. In der Vertretung Basel im Nationalrat tritt demnach keine Veränderung ein. Die Ständeratswahl, bei der sich über 74 Prozent der Bevölkerung beteiligten, erbrachte für keinen der Kandidaten eine absolute Mehrheit, so daß Stichwahl erforderlich ist.

Gleichzeitig hatte am Sonntag das Schweizer Volk über eine Abänderung der Bundesverfassung abzustimmen, die den Zweck verfolgt, die Zuständigkeit der Kantone für die Gesetzgebung über den Aufenthalt, die Niederlassung und die Ausweisung von Ausländern im Bundesgebiet zugunsten des Bundesrats einzuschränken. Dem Bund steht danach das endgültige Entscheidungsrecht zu gegenüber: a) kantonalen Bewilligungen für länger dauernden Aufenthalt, für Niederlassung und gegenüber Tolozanzbewilligungen; b) Verletzung von Niederlassungsverträgen; c) kantonalen Ausweisungen aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft; d) Erweiterung des Asyls. Im Nationalrat wurde die Vorlage angenommen, nachdem festgestellt worden war, daß die Kantone das volle Recht behalten sollten, Aufenthaltbewilligungen für die Dauer von zwei Jahren zu erteilen. Erst in den letzten Tagen vor der Abstimmung machte sich in der französischen und der italienischen Schweiz eine starke föderalistische Agitation gegen die Vorlage geltend, die jedoch die Annahme nicht mehr verhindern konnte. Die Vorlage wurde bei der Volksabstimmung mit 854 968 Ja gegen 213 726 Nein angenommen. Drei ganze und ein Halbanton haben verworfen, die Kantone Freiburg, Tessin, Valais und Appenzell-Außere Rhoden, alle anderen haben die Vorlage angenommen.

Die Schiffsbauten der Sowjetunion. Wie aus Leningrad gemeldet wird, wurden am Montag die zwei ersten auf den Leningrader Werften hergestellten Dampfer mit einer Gesamttonnage von 6200 Tonnen, die vor allem der Polyausfuhr dienen sollen, vom Stapel gelassen. Strassin betont in einer Ansprache die Notwendigkeit, den Außenhandel der Sowjetunion von den ausländischen Reedereien unabhängig zu machen und teilt mit, daß bei voller Beschäftigung der sowjetrussischen Werften gleichzeitig umfangreiche Schiffbestellung im Ausland gemacht werden sollten.

Der Mosul-Streit. Vor dem ständigen internationalen Gerichtshof in Haag begann am Montag die Verhandlung des englisch-türkischen Mosul-Streitfalles. Die türkische Regierung hat den Gerichtshof benachrichtigt, daß für sie keine Veranlassung bestehe, sich vor dem internationalen Gerichtshof vertreten zu lassen, da die Türkei die gesamte Frage als rein politischer Art ansehe, für die eine Entscheidung sowohl durch den Völkerverbund als durch den internationalen Gerichtshof nicht in Frage komme.

Kurze Nachrichten

Wid v. Hohenborn †. Der frühere preussische Kriegsminister Wid v. Hohenborn ist Sonntag Abend in Kassel nach kurzer Krankheit unerwartet gestorben.

Reichstagsabg. Frau Bartels †. Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Südhannovers-Braunschweig, Elise Bartels, ist am Sonntag im Alter von 45 Jahren gestorben. Als ihr Nachfolger tritt der frühere Kultusminister in Braunschweig, Grotewohl in den Reichstag ein.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist auf Mittwoch nachmittag 3 Uhr zusammenberufen worden.

Entlassung von vier oberösterreichischen Gefangenen. Aus Wien wird gemeldet: Von sechs während der französischen Besetzung Oberösterreichs zu langen Freiheitsstrafen verurteilten Oberösterreichern, die ihre Strafe im Gefängnis in Rheinbach verbüßten, wurden nach ihrer Requirierung durch die Volkskammerkonferenz auf Anordnung der Rheinlandkommission vier freigelassen.

Französische Vorschläge zum deutsch-französischen Wirtschaftsverkommen. Wie Savas berichtet, hat Handelsminister Chaumet am Montag Vorschläge der französischen Regierung in Sachen des deutsch-französischen Wirtschaftsverkommens nach Berlin gesandt.

Der Straßburger Freirei in Frankfurt a. M. wurde am Sonntag nach langwierigen Verhandlungen beigelegt. Man ist den Streitenden in der Lohnfrage in der Weise entgegengekommen, daß vom 11. d. M. ab eine Erhöhung zugestanden worden ist; dagegen sind die Forderungen auf Überführung in das Angestelltenverhältnis und Bezahlung nach Beamtengehältern abgelehnt worden.

Leichte Erkrankung Briands. Nach Schluß des französischen Kabinettsrats am Montag, wurde Außenminister Briand von ziemlich heftigem Magenbluten befallen, jedoch zwei Ärzte hinzugezogen wurden. Briand konnte infolgedessen nicht, wie vorgesehen war, dem zu Ehren der Mitglieder des Völkerverbunds gegebenen Frühstück beizohnen.

Der eidgenössische Voranschlag für 1926 ist nach dem bisherigen Stand der Prüfung bis auf einen Fehlbetrag von etwa 2 Millionen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Dabei figuriert der Ertrag der Tabaksteuer, der je nach dem Ausgang der Abstimmung vom 6. September der Sozialversicherung reserviert ist, noch unter den Einnahmen der Verwaltungserrechnungen. Das Militärbudget steht noch in Beratung durch den Bundesrat.

Die Europäisierung der Türkei. Die zur Reform des Kalenders eingesetzte Kommission wird nach einer Meldung aus Ankara dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Einführung der christlichen Zeitrechnung vorlegen. Die Kalenderreform ist nur für die Berechnung von Daten im öffentlichen Leben geplant, während für die religiösen Feste der muslimanische Kalender beibehalten werden soll.

Zusammenstellung der Abgeordnetensitze Landtagswahl am 25. Okt. 1925

Nr.	Bezeichnung	1		2		3		4		5		6		7		8		9		10		11		Insgesamt	
		Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen		
I	Konstanz-Billingen	4	6549	1	1325	—	9594	—	4549	—	4270	—	3806	—	2416	—	772	—	—	—	547	—	409	5	34237
II	Waldshut-Drach	2	3308	—	9955	—	6809	—	8703	—	2224	—	3430	—	1674	—	1026	—	—	—	363	—	508	2	38066
III	Freiburg	3	9897	1	3457	—	6313	—	9381	—	5994	—	1975	—	3779	—	728	—	500	—	765	—	356	4	43145
IV	Offenburg-Baden	6	38	1	7429	—	9318	—	9178	—	8717	—	4650	—	3137	—	798	—	—	—	357	—	925	7	44547
V	Karlsruhe	3	9779	4	7282	1	1994	2	6043	2	3396	1	1243	—	5970	—	1789	—	1387	—	353	—	2925	13	42101
VI	Mannheim	2	3379	4	1447	1	508	—	9417	1	8634	1	6460	—	4536	—	657	—	1611	—	149	—	2044	9	38842
VII	Heidelberg-Mosbach	5	454	1	9638	1	2306	2	6396	—	9707	—	5734	—	1346	—	820	—	678	—	295	—	1729	9	39103
Land insgesamt		25	33404	12	40533	3	86842	4	53727	3	42882	2	27804	—	22858	—	6590	—	4176	—	2829	—	8896	49	260041
Zusätzliche Sitze aus den Landeswahlvorschlagen		3	—	4	—	3	—	5	—	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	—
Sitze insgesamt		28	—	16	—	6	—	9	—	7	—	4	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	72	—
Sitzeverteilung bei der Landtagswahl am 30. Oktober 1921		34	—	22	—	7	—	14	—	5	—	3	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	86	—

Badischer Teil

Uebergabe des Grabdenkmals des Reichspräsidenten Ebert

Am 31. Okt. wird das von Prof. Peter Behrens entworfene Grabmal für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert auf dem Friedhof in Heidelberg von der Reichsregierung in feierlicher Handlung der Stadt Heidelberg übergeben werden. Da — wie WTB. meldet — der Reichslandtag am persönlichen Erscheinen verhindert ist, wird der dienstälteste Reichsminister, Reichswehrminister Dr. Gessler, der zu dem Verstorbenen als Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht besonders nahe dienstliche Beziehungen hatte, die Reichsregierung vertreten. Als weiteres Mitglied des Reichskabinetts wird sich Reichsarbeitsminister Dr. Brauns an dem Feierlichkeiten beteiligen. Ferner wird der Staatssekretär beim Reichspräsidenten, Dr. Meißner, an der Feier teilnehmen.

Preissenkung

Der Minister des Innern hat zur weiteren Durchführung der Preissenkung die Bezirksämter angewiesen, fünfzig — von besonders gelagerten Einzelfällen abgesehen — Sporteln und Taxen innerhalb der vorgeschriebenen Höchst- und Mindestsätze in der Höhe anzusetzen, die in der Vorriegezeit üblich war. Dabei wird aber, da hierin eine unbegründete Steigerung nicht zu erblicken ist, der verminderten Kaufkraft der Reichsmark in mäßigem Grade Rechnung getragen.

Für die Erteilung von Tauglichkeitsbescheinigungen und für die Bewilligung von Polizeistundenverlängerung zu gesellschaftlichen Veranstaltungen werden indes auch fernerhin Sporteln nach den derzeit üblichen Sätzen erhoben.

Lehr- und Berufsgut der Badischen Landwirtschaftskammer Karlsruh

Am 2. November wird der Unterricht auf dem Versuchsbau und Lehrgut der Badischen Landwirtschaftskammer Karlsruh eröffnet, der bis Anfang März 1926 dauert und in dem sich viele junge Leute angemeldet haben. Die Lehrgänge werden während ihrer zweijährigen Lehrzeit theoretisch und praktisch in allen Teilen der Landwirtschaft ausgebildet, hauptsächlich in Betriebslehre, Pflanzenbau, Tierzucht, Gesundheitspflege und Tierheilkunde, Pflanzenzucht und Pflanzenkrankheiten, sowie Buchführung.

Der Landesverband gegen den Alkoholismus

In der Handelskammer zu Karlsruhe hielt am Montag nachmittag der badische Landesverband gegen Alkoholismus seine satzungsmäßige Landesausschussung bei großer Teilnehmerzahl ab. Der Vereinsgeistliche des Landesvereins für innere Mission, evang. Pfarrer Paul Werner, sprach über die Behandlung der Alkoholfrage auf der Stockholmer Kirchenkonferenz und zeichnete die Stellungnahme der einzelnen Länder zur Alkoholfrage. Vorbildlich sei das Vorgehen Schwedens zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs. Die Kirchenkonferenz habe zum Studium der Alkoholbekämpfungsfrage einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Deutschland müsse auch in dieser Frage ernsthaft vorgehen. — Pfarrer Birt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Verbandes, bekräftigte die Anwendung des Gemeindebestimmungsrechtes.

Die Redaktionsarbeiten am Friedrichsdamm

Dr. Mannheim, 24. Okt. Das letzte Stück der Arbeiten am Redaktionsanal, der Ausstich in dem Redar, auf der Mannheimer Genarkung, wurde diese Woche in Angriff genommen. Die Strecke ist abgeteilt. Zunächst wird der gute Humusboden abgehoben, der später zur Befestigung des neu ausgeworfenen Dammes dient. Am Niedbaldamm machen die Durchbrucharbeiten gute Fortschritte. Die Verbreiterung des Niedbaldammes vom Feudenhaimer Bahndurchgang bis zum dritten Abteilleis des Kaiserlichen Bahnhofs ist fertig gestellt.

Die Förderung der Schulparassen. Auf die Wiedereinrichtung der Schulparassen wirken heute die Unterrichtsverwaltungen verschiedener Länder mit großem Eifer hin. In der Verwaltung der Schulparassen nehmen die Lehrer freiwillig und unentgeltlich teil. Die Schulaufsichtsbehörden haben den Sparbetrieb zu überwachen und besonders dafür zu sorgen, daß die von den Sparleitern der Schulen gesammelten Gelder auch tatsächlich den Sparparassen zugeführt und nicht etwa in anderer, mit Gefahr verbundener Weise zinsbringend verwendet werden.

Württembergische Städteanleihe. Der württembergische Stadtrat hat mit zwei amerikanischen Bankhäusern eine 7%ige Anleihe in Höhe von 84 Millionen Dollars abgeschlossen. Der Betrag verteilt sich auf 23 württembergische Städte. Rund die Hälfte des Betrages entfällt auf Stuttgart. Die Anleihe soll in Amerika und Holland ausgelegt werden. Für die Anleihe übernimmt der württembergische Staat die Bürgschaft.

Gemeinde-Rundschau

Der Stadtrat Freiburg erklärte sich in seiner letzten Sitzung mit der Abhaltung der alemannischen Woche in der Zeit vom 2. bis 9. Mai 1926 grundsätzlich einverstanden. Es wurde ferner die Veranstaltung einer Debedenfeier in Freiburg im September 1926 aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Todesstages des alemannischen Dichters J. K. Hebel genehmigt. — Annahme fand weiter ein Antrag des Stadtjugendamtes, wonach die Ausstellung der Wanderausstellung „Mutter und Kind“ des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge für die Zeit vom 7. bis 15. November d. J. in der Aula des Realgymnasiums in Aussicht genommen ist.

Strassenbahnprojekt Darmstadt-Weinheim. Die südlich und nördlich von Darmstadt gelegenen Gemeinden befaßten sich in Verbindung mit Darmstadt zurzeit mit der Beratung eines Projekts der Strassenbahn, das nach Norden hin bis Arheilgen bereits geschiedt ist. Bei den Verhandlungen wegen der Strecke von Eberbach ad südwärts bis Heppenheim trat der Plan auf, die Bahn über Heppenheim hinaus bis nach Weinheim fortzuführen. Der Direktor der Hessischen Eisenbahn-AG. erklärte sich im Verlaufe der Besprechungen zur Ausarbeitung des Projekts einer Bahnverbindung Darmstadt-Weinheim bereit. Auf Grund des Projektes soll dann Fühlung mit der Reichsbahndirektion genommen werden.

Die städtischen Straßenreinigungsbetriebe. Der Verband der Leiter der städtischen Fuhrpark- und Straßenreinigungsbetriebe hat auf seiner Essener Tagung, an der auch österreichische, ungarische, schwedische und holländische Kommunalbeamte teilnahmen, sich besonders mit der Bekämpfung der Staubplage auf den Straßen und der Automobilisierung der städtischen Fuhrpark- und Straßenreinigungsbetriebe beschäftigt. Diese Betriebe sollen möglichst geräuschlos und geruchlos gestaltet werden. Das ist vor allem auch für die Müllabfuhr zu wünschen und, wie die Erfahrung lehrt, auch durchaus durchführbar. Bei dem Automobilbetrieb muß darauf geachtet werden, daß nicht durch die Schmutz der Fahrzeug-Erschütterungen hervorgerufen werden, was durch gute Federung und richtige Bereifung verhindert werden kann. Als Betriebsstoff für die städtischen Automobilfahrzeuge wurde Spiritus, gemischt mit Benzin, empfohlen. Aber ein neues Verfahren zur Sammlung und Abfuhr des Mülls, das eine Vereinfachung des Umseerfahrens mit dem Wechseltonnensystem darstellt, sprach Magistratsbaurat a. D. Erhard aus Weidenau a. d. Sieg.

Aus der Landeshauptstadt

Schweizerstage in Karlsruhe

Im Anschluß an die Große Schweizer Kunstausstellung, die im Juli und August in Karlsruhe stattfand, und zur Ergänzung des Bildes, das sie vom künstlerischen Leben der Schweiz vermittelte, finden im November in der badischen Landeshauptstadt noch mehrere kulturelle Veranstaltungen statt, die wohl geeignet sind, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nun noch intensiver zu gestalten. Veranstalter sind das badische Landestheater, das badische Konservatorium und verschiedene Karlsruher Vereine. Das Gesamtprogramm sieht die Aufführung von Schweizer Opern und Konzertwerken vor, unter Beteiligung namhafter Schweizer Künstler; außerdem werden bekannte Schweizer Redner hierherkommen, um auf Einladung verschiedener Vereine Vorträge über die Eigenart und landschaftliche Schönheit, sowie über die bedeutenden literarischen Erscheinungen ihres Landes zu halten.

Aus dem Programm sei heute schon mitgeteilt, daß Mitte November im badischen Landestheater die Erstaufführung von Volkmars Andreas „Abenteuer des Casanova“ stattfindet, das Landestheater bereitet außerdem eine Morgenfeier vor, bei der Schweizer Dichtungen rezitiert werden. Einführende Worte unter besonderer Berücksichtigung von Konrad Ferd. Meier spricht dabei Dr. Korrodi-Jülich. Schweizer Vieder werden durch Helene Stoeh zum Vortrag gebracht. Neuere Schweizer Kommerzmusik wird an einem besonderen Abend das Verner Streichquartett aufzuführen, das damit zum erstenmal hier spielen wird. In einem weiteren Konzert kommt die „Elegie“ von Othmar Schoed unter persönlicher Leitung des Komponisten und mit Helig Loeffel-Wern als Solist zur hiesigen Erstaufführung. Das badische Konservatorium beteiligt sich mit einer Morgenveranstaltung, deren Vortragsfolge neben älteren Werken für Bläserbesetzung eine Violinsonate und eine andere Erstaufführung enthält. Als Redner sind bis jetzt gewonnen: der Schauspielkritiker der „Frankfurter Zeitung“, Dr. Bernhard Diebold, Professor Gaelli-Jülich, Pfarrer Blocher, Dr. Treß und der Schweizer Dichter Eugen Berger. Der erste Vortrag dieser unter dem Namen: „Schweizer Tage“ zusammengefaßten Veranstaltungen findet bereits am Montag den 2. Nov. im Saal der Handelskammer (Prinz Max-Palais) statt. Sein Thema lautet: „Ein Schweizer Dichter (Karl Spitteler)“. Veranstalter ist die Gesellschaft für geistigen Aufbau. Diese Veranstaltungen werden sicherlich dazu beitragen, das Verständnis für die Schweizer Kunst und Dichtung in den weitesten Kreisen zu vertiefen.

Badisches Landestheater. Die Neueinstudierung von Richard Wagner's „Meistersinger von Nürnberg“, die für Freitag, den 30. Oktober vorbereitet wird, steht unter musikalischer Leitung von Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner und unter szenischer Leitung von Oberregisseur Otto Krauß.

Der Badische Kunstverein e. S. Karlsruhe in der Waldstraße veranstaltet vom 17. Oktober bis 15. November eine Ausstellung der in den Besitz der Stadt Heidelberg (Kurfürstl. Museum) übergegangenen Erz. Bürlin'schen Gemäldesammlung. Werke von: Achenbach, Baisch, Bergmann, Fehr, Hellwaag, Hoff, Keller, Lenbach, Schönleber, Thoma u. A. Ferner sind ausgestellt: Gemälde und Graphik von Hans Schroeder-Pausen v. B., Original-Majoliken von Otto Schneider, Gemälde von Maria La Roche.

Badischer Verein. Die glänzende Aufnahme der am vergangenen Montag zur Aufführung gebrachten „Großen Messe in F-Moll“ von Anton Brudner hat dem Badischen Verein viele schriftliche und mündliche Anerkennungen gebracht. In dieser wurde ausnahmslos die Wiederholung des Konzerts gefordert. Um das hervorragende Werk weiten Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen, wird am Mittwoch, den 4. November ds. J. abends 7 1/2 Uhr in der Festhalle eine Wiederholung stattfinden. Die Eintrittspreise werden so gehalten sein, daß es jedem einzelnen möglich ist sich Anton Brudner's bedeutendstes Chorwerk anzuhören.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Föhnlage brachte gestern meist heiteres Wetter. Heute früh trat infolge Annäherung der Aufgleitlinie des westlichen Tiefdruckgebietes rasch Bewölkung ein. Der Feldberg befindet sich mit 5 Grad Morgen-temperaturen und Südwestwind bereits in den Wolkenmassen. Selbst der Königstuhl scheint schon an der Grenze der Aufgleitfläche zu liegen. Die Regenfront des westlichen Tiefdruckgebietes wird heute morgen noch erreichen; auch morgen wird es zu weiteren Regenfällen kommen. **Vorausgabe für Mittwoch:** Milder, zeitweise Regenfälle, dazwischen vereinzelte Aufstellungen, südwestliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Heidelberg, 23. Okt. Nach den von der badischen Landeswetterwarte angegebenen klimatologischen Normalwerten für Baden ergibt sich für die beiden Nachbarstädte Heidelberg und Mannheim, wie das „Heidelb. Tagebl.“ berichtet, daß es in Heidelberg im Winter etwas wärmer, im Sommer etwas kühler als am Rhein ist, im übrigen ist Heidelberg von allen der Statistik zu Grunde liegenden badischen Orten mit 10,1 Gr. Cels. im Mittel der wärmste. In Heidelberg regnet es mehr als in Mannheim, und zwar ist hier in jedem der 12 Monate die Niederschlagsmenge größer als in Mannheim. Es fallen im Jahresdurchschnitt in Heidelberg 695,7 pro Quadratmeter, während für Mannheim nur 519,1 errechnet wurden.

Heidelberg, 24. Okt. Zur Erinnerung an die vor 50 Jahren erfolgte Gründung der Strahburger städtischen höheren Mädchenschule hatten sich hier, wie nachträglich bekannt wird, über 200 ehemalige Angehörige dieser Anstalt am 3. und 4. Oktober zu einer würdigen Gedenkfeier eingefunden. Unter den erschienenen früheren Lehrern befanden sich auch die beiden letzten Direktoren. Vom letzten deutschen Bürgermeister Strahburgs, dem jetzigen Oberpräsidenten in Cassel, Dr. Schwander, war ein herzliches Begrüßungsschreiben eingegangen.

Langenbrand, 24. Okt. Man wird sich noch mit Entsetzen des Unglücks erinnern, das sich vor Monaten im Murgtag bei Langenbrand zugetragen hat; damals mußten fünf junge Leute dieses Orts die verbotswidrige Benutzung einer Drahtseilbahn mit dem Leben bezahlen. Der traurige Vorgang findet nunmehr sein gerichtliches Nachspiel. Am Dienstag den 27. Oktober begibt sich das Schöffengericht Karlsruhe unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Dr. Müller hierher, um gegen drei der fahrlässigen Totigung angeklagte Einwohner zu verhandeln. Es sind dies Engelbert Enoch, Johann Heringhlee und Wendelin Merkel.

Emmendingen, 26. Okt. Im hiesigen Krankenhaus verchied vor einigen Tagen ein Mann, dessen Andenken in der breiten Öffentlichkeit festgehalten zu werden verdient. Es war dies der 1871 in Buntau in Oberschlesien geborene **Georg Wilhelm Burghardt**, der zunächst beim Strahburger Infanterieregiment 138 die Offizierlaufbahn einschlug, von wo er wegen einiger Erfindungen im Waffenwesen ein Kommando nach Spandau erhielt. Er wandte sich später dem Studium der Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik zu, wurde der Deutschen Votschaft in Paris und später der Preussischen Gesandtschaft beim Vatikan zugeteilt und bereiste 1903 bis 1908 die meisten mittel- und südamerikanischen Republiken. Als Handelsfachvertreter beim Kaiserl. Ministerium für Elsaß-Lothringen hatte er die Wirtschaftsgebiete des südamerikanischen Kontinents in bezug auf ihre Aufnahmefähigkeit für die Industrieprodukte zu studieren und neue Absatzgebiete zu schaffen. Im Kriege nahm er u. a. im badischen Inf. Regt. Nr. 189 teil und wurde nach dem Zusammenbruch Meserent im Reichsministerium, das seine Kenntnisse des Auslandes zu verwerten suchte.

Drach, 24. Okt. Zu den verschiedenen Meldungen über Gerüchte über das Auftreten und die Festnahme eines Agenten für die französische Fremdenlegation in Oberbaden teilt die Staatsanwaltschaft mit, daß der festgenommene Albert Zugula dem in dem Vorfall vom 17. August beteiligten Landwirtssohn E. in Lannenschlag gegenübergestellt wurde, von diesem aber nicht erkannt worden ist. Im übrigen kann zu den beiden Fällen vor Abschluß der Erhebungen keine Stellung genommen werden, insbesondere dazu, ob bei dem zweiten Falle in Wittingen eine hypnothetische Beeinflussung und eine Anverwandtschaft nachgewiesen werden kann.

23. Furtwangen, 24. Okt. Der ehemalige Fachlehrer der Badischen Schnitzerschule, Johann Winterhalder, ist dieser Tage verstorben. In Urach (N. Reustadt) geboren, wurde er in den 70er Jahren in der damaligen Kunstwerkstätte von Gebrüder Heer in Wöhrenbach in der Kunstschneiderei und Holzbildhauerei ausgebildet. Einen Ruf an die Straßburger Kunstgewerbeschule zur Errichtung einer Kunstschneidereiwerkstätte in den 90er Jahren lehnte er ab, da er in seiner Schwarzwalddorfheimat bleiben wollte. Als dann in Jahre 1898 an der Badischen Schnitzerschule in Furtwangen die Angliederung einer Schneidereiabteilung notwendig geworden war, trat er zu dieser über und wirkte an der Schule 23 Jahre lang als Fachlehrer. Der Heimgegangene verfügte über ein hohes technisches Können, das ihm einen Namen verschaffte, der weit über die Grenzen Badens hinaus guten Klang hat. Viele seiner Werke konnte man auf der Jubiläumsausstellung der Hutmacherschule bewundern.

23. Vörsch, 24. Okt. Der frühere Verleger des hiesigen „Oberländer Boten“, Gustf, wurde heute nachmittag von seiner Frau durch Schüsse in Kopf und Brust getötet. Herr Gustf stand Ende der 50er Jahre. Die Täterin ist verhaftet worden. Sie wurde im Laufe des Nachmittags in das Straßburger Untersuchungsgefängnis übergeführt. Der Grund zur Tat liegt, wie allgemein bestätigt wird, in zerrütteten Familienverhältnissen. Frau Gustf dürfte wahrscheinlich zur Beobachtung ihres Geisteszustandes zunächst in die Psychiatrische Klinik verbracht werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	27. Okt.		26. Okt.	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.82	169.24	168.87	169.29
Kopenhagen 100 Kr.	103.82	104.08	103.57	103.83
Italien 100 L.	16.70	16.74	16.66	16.70
London 1 Pf.	20.338	20.388	20.345	20.359
Newyork 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	17.78	17.82	17.12	17.16
Schweden 100 Kr.	80.79	80.99	80.74	80.94
Wien 100 Schilling	59.12	59.26	59.12	59.26
Prag 100 Kr.	12.42	12.46	12.42	12.46

Zuteilung Metall 100 Prozent

Vom Einzelhandel. Im Einzelhandelsausschuß der Handelskammer Karlsruhe wurde die Frage der Veranstaltung von Sonderverkäufen, die sich neuerdings zwecks Abholung von Waren mehr und mehr eingebürgert haben, eingehend erörtert. Wenn auch die Notwendigkeit nicht verkannt wurde, die Auswüchse auf diesem Gebiete aufs schärfste zu bekämpfen, so glaubt der Ausschuß doch, eine gesetzliche Einschränkung bzw. Begrenzung der Ausnahmeveranstaltungen zurzeit noch nicht befürworten zu sollen. Er war vielmehr der Ansicht, die Bekämpfung durch entsprechende Bindungen, die seitens der örtlichen Fachorganisationen des Einzelhandels zu erlassen wären und die sich in Baden bereits gut bewährt haben, vorzunehmen. Zu der in Aussicht genommenen Reform des Reichswirtschaftsrates erklärte der Ausschuß die Jubillierung nur eines Vertreters für den Einzelhandel als eine vollkommen ungenügende und in keiner Weise der Bedeutung des Einzelhandels entsprechende Vertretung.

Maschinenfabrik Karlsruhe, vorm. Saib & Neu. Der in der gestrigen Aufsichtsratsitzung vorgelegte Jahresabschluss der Maschinenfabrik Karlsruhe, vorm. Saib & Neu ergibt unter Aufrechterhaltung der bisherigen Rückstellungen und unter Errichtung eines neuen Hypothekenaufwertungsontos von M. 65 500.—, sowie nach Abschreibungen von M. 123 473 auf Gebäude und Maschinen einen Reingewinn von 22 727.56 der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Die Sitzung des Ratungskonferenz. Die Verhandlungen in der Angelegenheit des Ratungskonferenz führten, wie aus Berlin gemeldet wird, zum Abschluß, indem sämtliche Beteiligte nunmehr ihre Zustimmung zu der Sanierungsaktion gaben. Demnach wird von einem Konfortium durch eine Revision- und Treuhandgesellschaft ein Kredit von 3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die Bankengläubiger erklärten sich damit einverstanden, für die Dauer des Kredits ihre bisherigen Bar- und Diskontkredite aufrechtzuerhalten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Ablösung öffentlicher Kautelen.

Gemäß §§ 2 und 3 der Ersten Verordnung über die Durchführung der Ablösung der Kautelen der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 4. September 1925 (S. 214) sind von den Landeskommissären zu Treuhändern bestellt worden:

- a) für die Stadt Konstanz Geh. Regierungsrat Landrat a. D. Bauer in Überlingen, für die Stadt Billingen Geh. Regierungsrat Landrat a. D. Bauer in Überlingen, für die Stadt Freiburg Geh. Regierungsrat Landrat a. D. Pfeiffer in Freiburg, für die Stadt Lahr Geh. Oberregierungsrat Landeskommissär a. D. Dr. Glemm in Lahr, für die Stadt Vörsch Rechtsanwalt Friedrich Schmitt in Vörsch, für die Stadt Offenburg Steuererrat a. D. Jäger in Offenburg, für die Stadt Karlsruhe Geh. Regierungsrat Dr. Hal in Karlsruhe, für die Stadt Pforzheim Bankdirektor a. D. Tritschler in Pforzheim, für die Stadt Baden Stadtkassenleiter a. D. Wieth in Baden, für die Stadt Bruchsal Stadtrechtsmeister a. D. Boos in Bruchsal, für die Stadt Durlach Oberlehrer a. D. Edel in Durlach, für die Stadt Rastatt Hauptlehrer a. D. Rodiger in Rastatt, für die Stadt Mannheim Oberregierungsrat a. D. Dr. Bernauer in Mannheim, für die Stadt Heidelberg Rechnungsrat a. D. Schmitt in Heidelberg.

b) für die übrigen Gemeinden und Gemeindeverbände (einschließlich der Kreise selbst):

- in den Kreisen Konstanz und Billingen Geh. Regierungsrat Landrat a. D. Bauer in Überlingen, im Kreise Waldshut Revisionsoberinspektor a. D. Jete in Waldshut, in den Kreisen Freiburg und Vörsch Geh. Regierungsrat Landrat a. D. Pfeiffer in Freiburg, im Kreise Offenburg Geh. Oberregierungsrat Landeskommissär a. D. Dr. Glemm in Lahr, im Kreise Karlsruhe Oberbürgermeister a. D. Siegrist in Karlsruhe, im Kreise Baden Landgerichtsrat a. D. Mosenhainweg in Karlsruhe, in den Kreisen Mannheim und Heidelberg Obersteuerinspektor a. D. Derold in Wiesloch, im Kreise Mosbach Revisionsoberinspektor Hof in Tauberbischofsheim.

Dies wird gemäß § 3 Abs. 2 der eingangs genannten Verordnung hiermit bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 23. Oktober 1925.
Der Minister des Innern
J. B. Seers.

Am Montag, 2. November d. J., verkehrt Personenzug 870 B. im Interesse des Berufsverkehrs früher, und zwar: Müllheim ab 4.55 Bm., Muggen 5.00, Schliengen 5.06, Bellingen 5.12, Rheinsweiler 5.18, Kleintens 5.23, Rhein 5.29, Fringen-Straßen ab 5.33, ab 5.43, Eineldingen 5.50, Bellingen 5.56, Weil-Leopoldshöhe 6.02, Basel Bad. Bf. an 6.07 Borm. Im Zusammenhang damit wird vom gleichen Tag an der Anschließung 1 der Nebenbahn Sallingen-Kandern an Werktagen durchweg 4 Min. früher durchgeführt. Abfahrt in Kandern somit 5.11 Bm., Ankunft in Sallingen 5.50 Bm.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Bibliothekar Professor Dr. Wilhelm Oesterling an der Landesbibliothek zum Oberbibliothekar daselbst.

Planmäßig angestellt:
Der außerplanmäßige Bibliothekar Dr. Werner Gung an der Universitätsbibliothek Heidelberg als Bibliothekar daselbst.

Zurückgenommen:
Die Beförderung des Professors Georg Schmitt am Realprogymnasium in Sickingen an die Realschule in Oberkirch.

Belegt:
Professor Josef Ahlhaus an der Neuburg-Oberrealschule in Freiburg an die Realschule in Mannheim-Neudorf unter Zurücknahme seiner Beförderung an die Realschule in Eingen a. D.

Entlassen:
Den Stadtdirektor a. D. Professor Dr. Albert in Freiburg auf sein Ansuchen seiner Stellung als ordentliches Mitglied der Bad. Historischen Kommission.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:
Oberregierungsrat Wilhelm Frischmuth im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Hauptlehrer Rina Gerlich an der Volksschule in Karlsruhe.

Zurückgesetzt:
Hauptlehrer Ludwig Ropp an der Volksschule in Karlsruhe.

Entlassen:
Der ordentliche Professor Dr. Heinrich Wieland an der Universität Freiburg auf Ansuchen.

Ministerium der Finanzen

Wasser- und Straßenbaudirektion

Ernannt:
Zum Vorstand des Kulturbauministeriums in Heidelberg der Bau- und Straßenbauamt beim Reichsbauamt daselbst; zum Oberstraßenmeister der Straßenmeister Georg Engel in Schwetzingen; zum Straßenmeister der Straßenmeisteramt Anton Kaiser in Forbach; zu planmäßigen Straßenwärtern die Straßenwärter Karl Wiel in Weingarten, Friedr. Gomburger in Herdangen, Johann Knöbel in Madringen und August Seifsch in Rudaun.

Belegt:
Die Bauärzte Karl Ketterer in Heidelberg zum Wasser- und Straßenbauamt in Achern und Max Wunnenberg in Waldshut zum Wasser- und Straßenbauamt in Vörsch.

Zu den Ruhestand veretzt auf Ansuchen wegen leibensbeschränkter Gesundheit:

Verwaltungssekretär Wilhelm Esfart beim Kulturbauministerium in Vörsch, die Straßenwärter Oskar Decker in Durlach und Dionis Nibel in Müllheim.

Öffentliche Sparkasse Böhlingen.

Darstellung des Vermögens und der Schulden auf 31. Dezember 1924.

A. Vermögen.		B. Schulden.	
RH		RH	
Kapitalien	27 663.13	Einlagen	8 233.55
Einnahmerückstände	1 434.30	Anlehenskapitalien	20 000.—
Kassenvorrat	305.56		
Gewährschaften	901.19		
Vermögen	30 304.18	Schulden	28 233.55
		Vermögen	30 304.18
		Reinvermögen	2 070.63

Böhlingen, den 20. Oktober 1925. C.194.
Der Verwaltungsrat: Der Rechner: Der Kontrollleur:
Bürgermeister König. J. Weismann. K. Koch.

Spar- und Waisenkasse Freudenberg in Baden.

Rechnungsabschluss für 1924.

Einnahmen.		Ausgaben.	
RH		RH	
Kassenvorrat	2.35	Zinsen und Kosten	14.18
Zinsen von Kapitalien	16.76	Angelegte Kapitalien	440.76
Einlagen mit Zinsen	438.78		
Summe	457.89	Summe	454.94

Vermögens-Darstellung.

Vermögen.		Schulden.	
RH		RH	
Kapitalien	440.76	Guthaben der Einleger	438.76
Kassenvorrat	2.95		
Inventory	400.—		
Summe	843.71	Summe	438.76

Freudenberg, den 15. Oktober 1925. C.225.
Der Verwaltungsrat:
J. A. Hofmann.

Kaufstellen von Matraken und Divans etc. sowie Neuanfertigung besorgt reell u. billig. G. 744
Albert Ernst, Tapezier Steinstraße 21.

Im Neuanfertigen und Umbauen von C.835
Steppdecken u. Daunendecken empfiehlt sich
Paula Schneider Adlerstraße 5 Karlsruhe

Raffage wird gewissenhaft ausgeführt. Frau Frieda Guber, Raffage, Augartenstraße 24, IV, rechts. Samstags nicht. C.753

Strafensperre.

Zwecks Verhütung neuer Straftaten wird der Verkehr mit Führerbesitz aller Art auf nachverzeichneten Straßen während der beigesetzten Zeit gesperrt:

- Kreisstraße Nr. 9, Böhlingen-Leopoldshafen, Km. 0,000 bis 0,950, d. i. in Böhlingen vom 27. Oktober bis 3. November.
- Kreisstraße Nr. 19, Böhlingen-Gondelsheim, bei Böhlingen vom 4. bis 6. November.
- Kreisstraße Nr. 9, Böhlingen-Leopoldshafen, Km. 2,500 bis 3,500, d. i. zwischen Böhlingen und Weingarten vom 7. bis 12. November.
- Kreisstraße Nr. 13, Karlsruhe-Wanzenloch, Km. 7,100 bis 8,050, d. i. in Wanzenloch, vom 13. bis 18. November.
- Dieselbe, Km. 2,330 bis 3,020, d. i. von Fagsfeld gegen Rintheim, vom 19. bis 23. November.

Kleine Verstöße in der Zeit der Eindeckung können erforderlich werden. Zutreffendfalls nimmt die Strafensperre ihren Anfang mit dem Tag des tatsächlichen Arbeitsbeginns und endet am Tage der Fertigstellung der betreffenden Straßentrede. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 366^a R. Str. G. B. mit Geld oder Haft bestraft. C.226
Karlsruhe, den 28. Oktober 1925. D. 3. 159
Badisches Bezirksamt. — Abt. 11 a.

Bekanntmachung.

Landtagswahl 1925.
Zur Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses der am 25. Oktober 1925 stattgefundenen Landtagswahl im Wahlkreis V ist der Kreiswahlausschuß auf Donnerstag, den 29. Oktober 1925, vormittags 11 Uhr, in den Bezirksratssaal des Bezirksamtsgebäudes in Karlsruhe einberufen.
Die Verhandlungen sind öffentlich.
Karlsruhe, den 28. Oktober 1925.
Der Kreiswahlleiter des V. Wahlkreises:
Schabbe.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
Konkursverfahren.
C.224. Durlach. Über das Vermögen der Firma R. Leupler G. m. b. H. in Durlach (Handel mit Eisenwaren, Werkzeugen, landwirtschaftlichen Maschinen und Kraftfahrzeugen) wird heute am 24. Oktober 1925, vormittags 11¹/₂ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Firma zahlungsunfähig ist und der Geschäftsführer die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt hat.
Der Rechtsanwält Dr. Trautwein hier wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 25. November 1925 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Befreiung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 183 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf
Donnerstag, 19. Nov. 1925, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Donnerstag, 10. Dez. 1925, vormittags 9 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgefordert, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befreiung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 25. November 1925 Anzeige zu machen.
Durlach, 24. Okt. 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
C.210 Lahr.
Die Geschäftsaufsicht über die Firma Mayer & Bräunig in Lahr wird aufgehoben, nachdem von der Firma nicht innerhalb eines Monats nach Anordnung der Geschäftsaufsicht ein genügender Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt wurde.
Lahr 23. Oktober 1925.
Amtsgericht III.
C.211. Vörsch. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidemeisters G. David Reif in Vörsch, a. B. in Veuggen, wurde nach Schlussverteilung aufgehoben.
Vörsch, 21. Oktober 1925.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts II.

C.229. Schwetzingen. Über das Vermögen des Zigarrenfabrikanten Eugen Wisk in Schwetzingen wurde heute am 24. Oktober 1925, vormittags 11¹/₂ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Herr Rechtsanwalt Hörner in Schwetzingen wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 14. November 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Die Anmeldung kann schriftlich eingereicht oder als Protokoll des Gerichtsschreibers angebracht werden. Die urkundlichen Beweismittel oder eine Abschrift derselben sind beizubringen.
Es wurde zur Befreiung über die Befreiung des ernannten oder der Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 183 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände u. zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Freitag, 27. November 1925, vormittags 9¹/₂ Uhr, vor dem Amtsgericht Schwetzingen Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgefordert, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befreiung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. November 1925 Anzeige zu machen.
Schwetzingen, 24. Okt. 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

C.228. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma ... (Text partially obscured) ...

C.227. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma ... (Text partially obscured) ...